

Gastkommentar. Die SPÖ muss sich künftig wieder viel stärker um die tatsächlich oder vermeintlich Vergessenen kümmern.

Neiddebatten lösen die Probleme nicht

VON CASPAR EINEM

Anti FPÖ ist als Programm zu wenig.“ Ja, da ist Michael Ludwig, dem selbst ernannten Kandidaten für das Bürgermeisteramt in Wien, zuzustimmen (siehe die „Presse“ vom 19. 10.). Das, worum es geht, ist, besser zu sein als die Worthülsen der FPÖ. Besser heißt, real besser, vor allem für die früheren SPÖ-Wähler. Das heißt, deutlich zu zeigen, dass die Politik der SPÖ nicht primär an Flüchtlingen orientiert ist, ohne die in diesem Feld notwendige Menschlichkeit zu verlieren.

Es geht um die Lebenschancen vieler Tausend österreichischer und schon lang in Österreich lebender Familien, die das Gefühl haben, um sie kümmere sich niemand aus den traditionellen Parteien. Da geht es um Einkommen, Mieten, um Kosten des öffentlichen Verkehrs usw. Und es geht darum, die Sorge vieler ernst zu nehmen, dass einige immer reicher werden, aber nicht viel zum Gemeinwesen beitragen, die Sorge, dass es da und dort nicht wirklich gerecht zugeht. Aber nicht bloß mit Worten. Mit Taten. Mit Steuern auf internationale Konzerne, die sich auch hier fette Renditen verdienen.

Es geht darum, mit diesen realen Problemen anders umzugehen als mit Neiddebatten, mit falschen Argumenten gegen die Schwächsten. So ist die Mindestsicherung eben keine Versicherungsleistung, sondern der Ersatz der Sozialhilfe, der Nothilfe für die Ärmsten. Es kommt daher nicht darauf an, ob sie vorher eingezahlt haben. Es kommt nur auf die Bedürftigkeit an.

Dekreterte Ein-Euro-Jobs

Aber was nicht geht, ist einerseits zu dekretieren, dass Flüchtlinge nur Ein-Euro-Jobs annehmen dürfen, und dann zu erwarten, sie könnten sich selbst erhalten. Neiddebatten lösen kein einziges Problem. Sie spalten bloß die Gesellschaft, und zwar nicht nur, wenn es um Flüchtlinge geht.

Noch eine Anmerkung zum Wahlergebnis: Die Vertreter der Wiener Flächenbezirke Favori-

ten, Simmering, Floridsdorf, Donaustadt und Liesing könnten sagen, die rot-grüne Politik der vergangenen Jahre des Wiener Bürgermeisters habe der SPÖ in jenen Bezirken geschadet. Aber insgesamt hat sie der SPÖ offenbar mehr genützt. Wie anders ist es zu erklären, dass die SPÖ in Wien mehr als drei Prozentpunkte gewonnen hat? Die leicht rot-grün angehauchten und rot-grünen Bezirke haben deutlich mehr gewonnen, als die fünf großen Bezirke verloren haben.

Wiener SPÖ deutlich grüner

Man kann natürlich auch sagen, die Grünen seien offenbar in den guten Jahren bloß lässig gewordene ehemalige Rote und insofern eine stille rote Reserve gewesen. Das greift aber doch etwas kurz. Ganz offenbar haben sehr viele Grüne, soweit sie diesmal Rot gewählt haben, gegen eine Regierungsbeteiligung der FPÖ gestimmt. Die SPÖ in Wien (und in manchen anderen Städten) ist nach dieser Wahl deutlich grüner in den Wählerstimmen.

Das aber heißt: Eine rot-blaue Koalition wäre geradezu selbstmörderisch. Was soll dann bei den nächsten Wahlen von der SPÖ noch überbleiben? Denn eines sollte nicht vergessen werden: Der Abfluss von der SPÖ zur FPÖ war etwa so groß wie der Zufluss an vormals grünen Stimmen. Zieht man diese wieder ab, dann schaut die SPÖ in Wien auch nicht mehr viel besser aus als in manchen der anderen Bundesländer.

Daher zurück an den Anfang: Nur gegen die FPÖ zu sein ist zu wenig. Es geht um eine bessere Politik – nicht in Worten, in Taten. Die Voraussetzung für Wahlgewinne und für Toleranz gegenüber Zuwanderung ist eindeutiges Engagement, ein eindeutiges und spürbares Kümern um die tatsächlich oder vermeintlich Vergessenen.

Caspar Einem (* 1948 in Salzburg) war SPÖ-Innen- und Verkehrsminister; er ist derzeit Vizepräsident des Europäischen Forums Alpbach.

E-Mails an: debatte@diepresse.com



Der Auf- und Abräumer in der tschechischen Politik

Gastkommentar. In Wahlsieger Andrej Babiš setzen die Tschechen viele Hoffnungen. Kann er den Staat so erfolgreich führen wie seine Betriebe?

VON NIKLAS PERZI

Am Schluss wurde es für manche dann noch „arschnapp“. Die Hoffnungen der TOP 09, der von Karel Schwarzenberg als liberal-konservative Alternative zu den Altparteien vor zehn Jahren (mit-)gegründeten, dezidiert Europa-/EU-freundlichen Partei, ins Parlament zu kommen, wurden erfüllt. Mit 5,4 Prozent der Wählerstimmen war die einst so stolze Kraft, die das liberale, urbane, hippe und schicke Elektorat bisher hinter sich versammelt hatte, aber auf eine bescheidene Restgröße geschrumpft. Ihr Erbe haben die „Piraten“ angetreten, die sich als Antisystempartei positioniert haben – politisch unbedarf, dafür mit Forderungen nach freiem Zugang zum Internet und zu Marihuana.

Die liberale Wählerschaft, im Volksmund nach einer Parole Václav Havels von der Wahrheit und Liebe als „wahrheitsliebendes Prager Caféhaus“ verspottet, wechsel-

te damit zwar bereits zum fünften Mal die Partei, blieb aber etwa gleich groß. Gemeinsam mit den „Bürgermeistern“, der katholischen Volkspartei und den Sozialdemokraten kamen die dezidiert proeuropäischen Kräfte aber nur mehr auf ein Drittel der abgegebenen Stimmen.

„Ein Reicher plündert nicht“

Auch dem eigentlichen Wahlsieger, Andrej Babiš gelang es, sich als Kämpfer gegen „das System“ zu positionieren. Zwar sitzt seine Bewegung Ano bereits seit vier Jahren in Parlament und Regierung. Doch mehr als 1,5 Millionen Tschechen vertrauten ihm und seinem Versprechen, mit den „Altpolitikern“ aufzuräumen und die Korruption zu beseitigen.

Zwar schadete ihm nicht, dass er einflussreiche Zeitungen und eine Radiostation sein Eigen nennt, vielmehr aber nützte ihm seine Vita: Mag auch er nach der Wende 1989 auf nicht immer ganz geraden Wegen zu Reichtum ge-

kommen sein, so war er doch nie nicht so eng mit der Politik verbunden wie andere Mitglieder des politökonomischen Komplexes. Und noch ein Argument, das bei vielen zog: Jemand so reicher hätte es nicht mehr notwendig, den Staat auszuplündern.

Bei den Wahlen 2013 hatte Babiš noch von den Parteien rechts der Mitte Stimmen abgezogen. Dies betraf vor allem die national-konservative ODS, die tschechische, EU-skeptische Transformationspartei, die jedoch in den 2010er-Jahren in Skandale und Affären versunken war.

Diesmal räumte Babiš links der Mitte ab. Die Sozialdemokraten, neben der OSD die zweite kontinuierliche Nachwendepartei, wurden buchstäblich zertrümmert. Sie sind nun wieder dort angelangt, wo sie vor ihrem Aufstieg in den späten 1990er-Jahren gelegen sind: eine Kleinpartei, noch hinter den Kommunisten. Nicht unähnlich ihrer österreichischen Schwesterpartei SPÖ >

PIZZICATO

Findet Nemo!

Es gibt Ärger mit Nemo – nein, es geht nicht um den Fisch, sondern um den gleichnamigen Hund des französischen Präsidenten, Emmanuel Macron. Ein Video zeigt, wie der zweijährige Rüde vor einem der reich verzierten Kamine des Élysée-Palasts das Bein hebt und sein Geschäft verrichtet. Kein Einzelfall.

Denn auch heimische Politiker sollen so ihre Probleme mit den lieben Haustieren haben. Pinky, die Katze von Matthias Strolz, klettert etwa ständig auf Bäume, um Vögeln die Flügel zu heben. „Sie ist aber eine kuschelige, ja, sie ist a bissl touchy“, sagt Strolz. Sebastian Kurz hat mit seinem Papagei Polly (benannt nach der Politischen Akademie der ÖVP) Lernschwierigkeiten. Polly kann ständig nur dieselben Worte sagen: „Westbalkanroute geschlossen, Westbalkanroute geschlossen!“ Heinz-Christian Strache hat Ärger mit seinem deutschen Schäferhund Odin, der zu oft die Zähne fletscht. Auf Anraten eines Hundetherapeuten will man das Tier sanfter machen, indem man ihm statt eines Maulkorbs eine Brille verpasst. Die Grünen mussten alle Haustiere zur Kündigung anmelden und auf der Straße aussetzen. Nur die Pilzsammlung übernahm ein Gönner.

Kanzler Kern distanzierte sich von seinem Hund Simply Red. Das Tier hinterließ überall Dreck. Er habe vom Dirty Campaigning des so lieben Lackels aber gar nichts gewusst, beteuerte Kern. (aich)

Reaktionen an: philipp.aichinger@diepresse.com

LESERPOST

Leserbriefe bitte an:

Die Presse, Hainburger Straße 33,
A-1030 Wien oder an
leserbriefe@diepresse.com

Wenig Solidarität ohne Pflichtmitgliedschaft

„Die Sozialpartner und ihr Scherbenhaufen“, Leitartikel von Josef Urschitz, 20. 10.

In offen zelebrierter Einigkeit singen dieser Tage die Granden der Sozialpartnerschaft das Hohelied auf ebendiese. Was auf den ersten Blick als verstaubtes Relikt aus vergangener Zeit anmutet, entpuppt sich bei näherem Hinsehen als Garant für sozialen Frieden und als solcher als Asset für unseren Wirtschaftsstandort.

Eines ist ebenso gewiss: Ohne die oftmals gezeigte Pflichtmitgliedschaft fehlte es Herrn und Frau Österreicher an Solidarität. Niemand zahlt gerne Steuern und Abgaben, jeder fährt aber gerne

auf asphaltierten Straßen. Und erst wenn man zu der Einsicht gelangt, dass ein funktionierender Wirtschaftsstandort keine Selbstverständlichkeit ist, kann man diese im Zeitalter des Liberalismus geborene Idee der Selbstverwaltung im Gegensatz zur staatlichen Verwaltung verstehen.

Mag. Jürgen Köstner, 8010 Graz

Beleidigend für eine ganze Branche

„Wie sich die Parteien den PR-Fuzzis ausliefern“, Gastkommentar von Franz Schandl, 21. 10.

„Wer keine Strategie hat, muss zumindest eine PR-Strategie haben oder sich zukaufen?“ – Was soll dieser völlig realitätsferne und in höchstem Maße eine ganze Branche beleidigende Satz bedeuten? Provokation? Aufklärung? Kritische Reflexion?

Nein, der Autor gefällt sich in leeren, hetzerischen Worthülsen, um Fehlentwicklungen, die hinlänglich bekannt sind, polemisch zu überhöhen. PR als Kampf-

maschine der hinterhältigen Manipulation? „Geht's noch?“ ist man geneigt zu fragen. Nämlich nicht nur den Verfasser, sondern auch die Redaktion, die dies veröffentlichte. Und was unser Berufsethos betrifft – ich zitiere dazu die Präsidentin des Public-Relations-Verbandes Julia Wippersberg: „Auftragskommunikation ist Vertrauensarbeit. Setzt jemand PR-Instrumente ein, um Personen, Unternehmen oder Institutionen herabzuwürdigen, zu diffamieren oder Falschmeldungen über sie zu verbreiten, ist er kein PR-Berater nach unserem Verständnis.“

Dr. Susanne Eiselt, Eiselt-Kommunikation, PR-Beratung & Training e. U., 1090 Wien

Die SPÖ und das alte Lied vom Rußflanker!

Gratulation zu diesem profunden Gastkommentar. Besser kann man es kaum schreiben. Auch ich habe mich während des Wahlkampfes immer wieder gefragt, warum sich eine Partei wie die SPÖ mit derartigen Typen (Silberstein & >